

Kommt soziale Arbeit ohne Zivis aus?

Von Ronny Zimmermann

Die sozialen Einrichtungen in der Sächsischen Schweiz schlagen Alarm. Mit der von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) für Mitte 2011 geplanten Aussetzung der Wehrpflicht würde auch der Zivildienst wegfallen. Die Wohlfahrtsverbände haben bereits massive Bedenken geäußert. Auch zahlreiche Einrichtungen in der Sächsischen Schweiz wären von der Änderung betroffen.

Seniorenheime, Kindertagesstätten, Förderschulen, Kliniken, DRK und ASB – sie alle müssten auf die tägliche Hilfe der Zivildienstleistenden verzichten. Es droht ein Qualitätsverlust in der Pflege und der Betreuung. Um den auszugleichen, müssten die sozialen Einrichtungen neues Personal einstellen. Das würde allerdings die Kosten in die Höhe treiben. Denn Zivis sind für die Einrichtungen deutlich günstiger zu finanzieren als Fachkräfte. Fallen die Zivis weg, droht den sozialen Einrichtungen ein Qualitätsverlust.

Zukünftige Situation unklar

Hinzu kommt, dass neben dem Wegfall auch über eine Verkürzung der Dienstzeit auf sechs Monate diskutiert wird. Für die Sozial-Einrichtungen erschwert das die Planung.

„Sechs Monate wären unsäglich“, sagt der Direktor der Dr.-Pienitz-Förderschule, Ullrich Steglich. „In dieser Zeitspanne können wir kein komplettes Schuljahr abdecken, müssten parallel zum Unterrichtsgeschehen neue Zivis einarbeiten.“ Die aktuelle Dienstzeit von neun Monaten sei dagegen noch tragbar.

Auch das Klinikum Pirna sieht die Verkürzung auf sechs Monate kritisch. „Durch die Verkürzung des Zivildienstes auf sechs Monate wird das Verhältnis von Anleitungszeit und effektiver Einsatzzeit zukünftig noch ungünstiger. Das ist bedauerlich“, sagt Kliniksprecherin Heike Klameth.

FSJ als mögliche Alternative

Die Sozial-Einrichtungen suchen daher bereits nach Alternativen. Dass sie vielleicht schon ab 2011 ohne Zivis arbeiten müssen, soll keinen Notstand verursachen.

Im Seniorenzentrum Sächsische Schweiz in Pirna, das derzeit zwei Zivildienstleistende beschäftigt, orientiert Heimleiterin Edith Rost zu einem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) als Ersatz für den Zivildienst. „Das ist aber deutlich kostenintensiver als das vom Bundesamt für Zivildienst unterstützte Zivi-Programm.“ Dennoch genieße es Priorität, den Senioren eine ausgezeichnete Betreuung zu garantieren.

Das Klinikum Pirna hat sich auf die Verkürzung des Zivildienstes auch insofern eingestellt, als zusätzliche Stellen im Rahmen des FSJ geschaffen wurden. Aktuell seien drei Stellen des FSJ besetzt, teilt Sprecherin Heike Klameth mit.



Die Zivildienstleistenden sind wertvolle Helfer bei der sozialen Arbeit. Ein Wegfall würde gerade im sozialen Bereich immense Kosten verursachen. Alle Aufgaben, die bisher von Zivis erledigt werden, würden die Beschäftigung von Personal nach sich ziehen. Das wäre mit zusätzlichen Kosten verbunden. Grundsätzlich sollte verhindert werden, den Wehr- und Zivildienst ersatzlos zu streichen. Alexander Penther, Geschäftsführer des Arbeitersamariterbundes (ASB) Neustadt

Auch Alexander Penther, Geschäftsführer des ASB Neustadt, sieht im FSJ-Programm eine Alternative zum Zivildienst. Das Problem: „Freiwilliges Engagement lässt sich aber weder staatlich verordnen noch verwalten“, sagt Penther. Die Situation ist kompliziert.

„Einerseits müssen wir nach Alternativen suchen, andererseits müssen diese aber auch finanziell tragbar sein“, sagt Ullrich Steglich, Direktor der Dr.-Pienitz-Förderschule. Intern prüfe die Schule daher, wer sich an den entstehenden Kosten beteiligen könnte. Das Bundesamt für Zivildienst scheidet dabei aus: Für die Kosten einer FSJ-Stelle sind in erster Linie die Einrichtungen selbst verantwortlich.

„Solange die Zukunft der Wehrpflicht noch nicht entschieden ist“, sagt Geschäftsführer Penther vom ASB Neustadt, „sollten dem Erfindungsreichtum von Ersatzdiensten Grenzen gesetzt sein.“

Erst nach Parteitag der CSU im Oktober und der CDU im November soll über die Wehrpflicht entschieden werden.